

Lesefassung der
Verbandssatzung
des Zweckverbandes
Schwarzdeckenunterhaltungsverband Süd
im Kreis Schleswig-Flensburg

Historie:

Satzung vom 05.12.2007

1. Änderungssatzung vom 31.08.2010
2. Änderungssatzung vom 21.08.2013
3. Änderungssatzung vom 04.12.2013
4. Änderungssatzung vom 03.12.2015

Aufgrund des § 5 Abs. 3 und 6 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird nach Beschluss der Verbandsversammlung vom 26.11.2007 und mit Genehmigung des Landrates des Kreises Schleswig-Flensburg folgende Verbandssatzung des Schwarzdeckenunterhaltungsverbandes Süd im Kreis Schleswig-Flensburg erlassen:

§ 1

Rechtsnatur, Name, Sitz, Siegel

1) Die nachstehend aufgeführten Gemeinden im Kreis Schleswig-Flensburg bilden einen Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit:

a) aus dem Amt Südangeln

die Gemeinden: Böklund, Brodersby, Goltoft, Havetoft, Idstedt, Klappholz, Neuberend, Nübel, Schaalby, Stolk, Struxdorf, Süderfahrenstedt, Taarstedt, Tolk, Twedt und Uelsby,

b) aus dem Amt Haddeby

die Gemeinden: Borgwedel, Busdorf, Dannewerk, Fahrdorf, Geltorf, Jagel, Lottorf und Selk,

c) die Stadt Kappeln und aus dem Amt Kappeln-Land:

die Gemeinden Grödersby, Oersberg und Rabenkirchen-Faulück,

d) aus dem Amt Kropp-Stapelholm:

die Gemeinden Alt-Bennebek, Bergenhusen, Börm, Dörpstedt, Erfde, Groß-Rheide, Klein Bennebek, Klein Rheide, Kropp, Meggerdorf, Norderstapel, Süderstapel, Tielen und Wohlde

e) aus dem Amt Mittelangeln:

die Gemeinden Mittelangeln und Schnarup-Thumby,

f) aus dem Amt Arensharde:

die Gemeinden Bollingstedt, Ellingstedt, Hollingstedt, Hüsby, Jübek, Lürschau, Schubby, Silberstedt und Treia,

g) aus dem Amt Süderbrarup:

die Gemeinden Böel, Boren, Brebel, Dollrothfeld, Loit, Mohrkirch, Norderbrarup, Nottfeld, Rügge, Saustrup, Scheggerott, Steinfeld, Ulsnis und Wagersrott,

Der Zweckverband führt den Namen „Schwarzdeckenunterhaltungsverband Süd im Kreis Schleswig-Flensburg“. Er hat seinen Sitz in Böklund.

2) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ohne Gebietshoheit. Er darf Beamte und Beschäftigte einstellen.

3) Der Zweckverband führt das kleine Landessiegel mit der Inschrift: „Schwarzdeckenunterhaltungsverband Süd im Kreis Schleswig-Flensburg“.

§ 2 Verbandsgebiet

1) Das Verbandsgebiet umfasst das Gebiet der Verbandsmitglieder gemäß § 1 Abs. 1. Von der Stadt Kappeln gehören nur die ehemaligen Gemeinden Mehlby und Kopperby zum Verbandsgebiet.

2) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, alle Schwarzdeckenflächen anzumelden. Die Abmeldung von vorhandenen Schwarzdeckenflächen ist nur auf schriftlichen Antrag unter folgenden Bedingungen möglich:

Das Verkehrsbedürfnis der betreffenden Straße ist von sehr untergeordneter Bedeutung. Die untergeordnete Bedeutung ist entsprechend zu begründen. Innerhalb der vergangenen 15 Jahre wurden auf der betreffenden Fläche keine Deckenerneuerungen auf Rechnung des Verbandes bzw. mit Zuschussmitteln des Verbandes durchgeführt. Über den Antrag entscheidet der Finanz- und Verwaltungsausschuss des Verbandes. Eine Abmeldung von Flächen wird jeweils zum 01.01. des auf die Entscheidung des Ausschusses folgenden Jahres wirksam.

§ 3 Aufgaben

Dem Zweckverband obliegt die Erneuerung und Unterhaltung von Schwarzdecken auf Gemeindestraßen und Gemeindewegen.

§ 4 Organe

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung und die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher.

§ 5 Verbandsversammlung

1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der verbandsangehörigen Gemeinden oder ihren Stellvertretenden im Verhinderungsfall.

2) Das Stimmrecht der Vertreter der einzelnen Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung richtet sich nach der Beitragsfläche. Die Vertreter haben je angefangene 10.000 m² Beitragsfläche eine Stimme.

- 3) Die Verbandsversammlung wählt in ihrer ersten Sitzung unter Leitung des ältesten Mitglieds aus ihrer Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und unter Leitung der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden zwei Stellvertretende.
- 4) Die oder der Vorsitzende der Verbandsversammlung ist gleichzeitig Verbandsvorsteherin oder Verbandsvorsteher; Entsprechendes gilt für die Stellvertretenden. Für sie oder ihn und seine Stellvertreterin oder seinen Stellvertreter / seine Stellvertretenden gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Gemeindevertretungen und ihre oder seine Stellvertretenden entsprechend.

§ 6

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung entscheidet über alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie kann die Entscheidung über bestimmte Angelegenheiten widerruflich auf die Verbandsvorsteherin bzw. den Verbandsvorsteher oder den Finanz- und Verwaltungsausschuss übertragen, soweit nicht § 10 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit oder andere Vorschriften entgegenstehen.

§ 7

Einberufung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung ist von der oder dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung einzuberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Kalenderjahr. Sie muss unverzüglich einberufen werden, wenn ein Drittel der Stimmen der Mitglieder gemäß § 5 Abs. 2 es unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt

§ 8

Verbandsvorsteherin, Verbandsvorsteher

- 1) Der Verbandsvorsteherin oder dem Verbandsvorsteher obliegen die ihr oder ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.
- 2) Außer den gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen der Verbandsvorsteherin oder dem Verbandsvorsteher die Entscheidungen, die nicht nach § 10 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit der Verbandsversammlung oder gemäß § 10 dieser Satzung dem Finanz- und Verwaltungsausschuss vorbehalten sind.
- 3) Sie oder er entscheidet ferner über
1. den Verzicht auf Ansprüche des Zweckverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit ein Betrag von 5.000,- € nicht überschritten wird,
 2. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie Rechtsgeschäfte, die dem wirtschaftlich gleichkommen, soweit ein Betrag von 5.000 € nicht überschritten wird,
 3. den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit der Wert des Vermögensgegenstandes einen Betrag von 5.000 € nicht übersteigt,
 4. die Annahme von Schenkungen, Spenden und Erbschaften bis zu einem Wert von 5.000 €,
 5. die Vergabe von Aufträgen bis zu einem Wert von 5.000 €,

6. die Vergabe von Ingenieur- und Architektenleistungen bis zu einem Wert von 5.000 €.
- 4) Die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung vor und führt sie aus.
- 5) Sie oder er unterrichtet die Verbandsmitglieder durch den Jahresbericht in der Verbandsversammlung über wichtige Verwaltungsangelegenheiten.

§ 9

Ständige Ausschüsse

- 1) Die folgenden ständigen Ausschüsse nach § 5 Abs. 6 GkZ, § 45 Abs. 1 GO werden gebildet:
 - a) Finanz- und Verwaltungsausschuss:

Der aus 11 Vertretern bestehende Finanz- und Verwaltungsausschuss setzt sich wie folgt zusammen:
Es werden jeweils zwei Vertreter gewählt aus den Bereichen der Ämter Arensharde, Kropp-Stapelholm, Südangeln und Süderbrarup und jeweils ein Vertreter aus den Bereichen der Ämter Haddeby, Stadt Kappeln / Kappeln-Land und Mittelangeln.
 - b) Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung

Dieser Ausschuss setzt sich aus 3 Mitgliedern der Verbandsversammlung zusammen. Die Mitglieder dieses Ausschusses dürfen nicht dem Finanz- und Verwaltungsausschuss angehören.
Aufgabengebiet ist die Prüfung der Jahresrechnung.
Die Sitzungen beider Ausschüsse sind öffentlich.

§ 10

Aufgaben des Finanz- und Verwaltungsausschusses

Dem Finanz- und Verwaltungsausschuss werden folgende Aufgaben übertragen:

1. Die Aufstellung des Haushaltsplanes vorzubereiten,
2. das Unterhaltungsprogramm aufzustellen,
3. über die Auftragsvergabe der Verbandsarbeiten des laufenden Jahres im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel, sofern die Verbandsversammlung noch nicht getagt hat und die Entscheidung nicht verschoben werden kann,
4. über die Befangenheit seiner Mitglieder und der an den Finanz- und Verwaltungsausschusssitzungen teilnehmenden Mitglieder der Verbandsversammlung zu entscheiden.

§ 11

Ehrenamtliche Tätigkeit

- 1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Für die Tätigkeit gelten die Vorschriften für Gemeindevertreterinnen und –vertreter entsprechend, soweit nicht das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit etwas anderes bestimmt.
- 2) Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von der oder dem Vorsitzendem der Verbandsversammlung durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet und in ihre Tätigkeit eingeführt.

§ 12

Verarbeitung personenbezogener Daten

Der Zweckverband ist für die Zahlung von Entschädigungen und um Gratulationen auszusprechen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Mitglieder der Verbandsversammlung sowie der sonstigen Ausschussmitglieder bei den Betroffenen gemäß §§ 13, 26 LDSG zu erheben und in einer Überweisungs- sowie einer Mitgliederdatei zu speichern.

§ 13

Rüge und Leistungsausschluss

Wegeseitengräben, Banketten und sonstige Wegeeinrichtungen bleiben weiterhin in der Unterhaltung des jeweiligen Trägers. Mangelnde und unsachgemäße Unterhaltung dieser Einrichtungen kann vom Finanz- und Verwaltungsausschuss gerügt werden und ist auf Verlangen desselben nachzuholen bzw. zu verbessern. Bei wiederholter Beanstandung hat der Finanz- und Verwaltungsausschuss das Recht, den betreffenden Straßenabschnitt aus der Unterhaltung und Erneuerungspflicht gem. § 3 auszuschließen.

§ 14

Verbandsverwaltung

Der Zweckverband unterhält an seinem Sitz eine eigene Verwaltung. Die Verwaltungs- und Kassengeschäfte werden durch eigene Mitarbeiter wahrgenommen.

§ 15

Haushalts- und Wirtschaftsführung

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zweckverbandes gelten die Vorschriften des Gemeinderechts entsprechend.

§ 16

Deckung des Finanzbedarfs

- 1) Der Zweckverband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfs von seinen Mitgliedern, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, eine Umlage in Form eines Flächenbeitrages. Der Beitrag wird jährlich in der Haushaltssatzung festgelegt.
- 2) Maßstab für die Berechnung der Umlage ist die Schwarzdeckenfläche der Verbandsmitglieder.

§ 17

Verpflichtungserklärungen

Verpflichtungserklärungen zu Geschäften, deren Wert 5.000 €, bei wiederkehrenden Leistungen monatlich 500 € nicht übersteigt, sind rechtsverbindlich, auch wenn sie nicht den Formvorschriften des § 11 Abs. 2 und 3 GkZ entsprechen.

§ 18

Änderung der Verbandssatzung

Eine Änderung des § 1 Abs. 1 Satz 1, der §§ 3, 16, 19 und 20 dieser Satzung bedürfen, unbeschadet der Regelung in § 16 GkZ, der Zustimmung von 2/3 der Stimmen der satzungsgemäßen Stimmenzahl der Versammlung.

§ 19

Aufnahme neuer Verbandsmitglieder

Zur Aufnahme eines neuen Verbandsmitgliedes bedarf es neben der Satzungsänderung nach § 18 eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Zweckverband und dem aufzunehmenden Mitglied.

§ 20

Ausscheiden von Verbandsmitgliedern und Auflösung des Zweckverbandes

- 1) Jedes Verbandsmitglied kann den öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Mitgliedschaft im Zweckverband unter der Voraussetzung des § 127 Landesverwaltungsgesetzes mit einer Frist von drei Jahren zum Jahresende kündigen. Mit dem Ausscheiden des Verbandsmitglieds gehen alle Rechte und Pflichten des Verbandsmitglieds im Zweckverband unter, Vermögensvor- und nachteile sind durch eine Vereinbarung nach § 6 GkZ auszugleichen.
- 2) Der Zweckverband wird aufgelöst, wenn die Voraussetzungen für den Zusammenschluss entfallen sind. Die Verbandsmitglieder vereinbaren die Auflösung durch öffentlich-rechtlichen Vertrag.
- 3) Wird der Zweckverband aufgelöst, so vereinbaren die Verbandsmitglieder eine Vermögensauseinandersetzung. Die Vereinbarung hat zu berücksichtigen, in welchem Umfang die Verbandsmitglieder zur Deckung des Finanzbedarfs des Zweckverbandes beigetragen haben.

§ 21

Rechtsstellung des Personals bei der Auflösung des Zweckverbandes

Die Abwicklung der Dienst- und Versorgungsverhältnisse der Beamtinnen, Beamten und Beschäftigten des Zweckverbandes erfolgt bei einer Auflösung oder einer Änderung der Aufgaben nach einer Vereinbarung zwischen den Verbandsmitgliedern. Die Vereinbarung soll vorsehen, dass die Beamtinnen, Beamten und Beschäftigten von den Verbandsmitgliedern oder ihren Rechtsnachfolgern anteilmäßig unter Wahrung ihres Besitzstandes übernommen werden. Die Vereinbarung ist Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Vertrages über die Auflösung des Zweckverbandes.

§ 22

Entschädigung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers

Die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Verordnung. Den Stellvertretenden wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung bei Verhinderung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers für ihre besondere Tätigkeit als Vertretung eine Aufwandsentschädigung gewährt, deren Höhe von der Dauer der Vertretung abhängt. Die Aufwandsentschädigung beträgt für jeden Tag, an dem die Verbandsvorsteherin oder der Verbandsvorsteher vertreten wird, 1/30 der monatlichen Aufwandsentschädigung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers. Die Aufwandsentschädigung für die Stellvertretung darf die Aufwandsentschädigung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers nicht übersteigen.

§ 23

Entschädigung der Mitglieder der Versammlung

Den Mitgliedern der Versammlung werden als Sitzungsgeld die Verzehrkosten anlässlich der Sitzungen der Versammlung und der Ausschüsse bis zum Höchstsatz der Entschädigungsverordnung von der Hand gehalten.

§ 24

Entschädigung der Ausschussmitglieder

Die Mitglieder der Ausschüsse des Verbandes erhalten Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse in Höhe von 25,- €.

§ 25

Entgangener Arbeitsverdienst, Verdienstausfallentschädigung für Selbständige, Entschädigung für Abwesenheit vom Haushalt

1) Den Mitgliedern der Versammlung und der Ausschüsse des Verbandes ist der durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit entgangene Arbeitsverdienst aus unselbständiger Arbeit auf Antrag in nachgewiesener Höhe gesondert zu ersetzen. Ferner ist der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zu erstatten, soweit dieser zu Lasten der oder des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

2) Mitglieder der Versammlung und der Ausschüsse des Verbandes die selbständig sind, erhalten auf Antrag gesondert für den durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit entstandenen Verdienstausfall eine Verdienstausfallent-

schädigung, deren Höhe je Stunde im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Verdienstausfalls nach billigem Ermessen festgesetzt wird. Der Höchstbetrag der Verdienstausfallentschädigung je Stunde beträgt 25,- €.

3) Mitglieder der Verbandsversammlung und der Ausschüsse des Verbands erhalten, wenn sie einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, gesondert für die durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit bedingte Abwesenheit vom Haushalt auf Antrag für jede volle Stunde der Abwesenheit eine Entschädigung. Der Stundensatz dieser Entschädigung beträgt 7,50 €. Statt einer Entschädigung nach Stundensätzen sind auf Antrag die angefallenen notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt zu ersetzen.

4) Leistungen nach den Absätzen 1 bis 3 werden nur gewährt, soweit die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Fällen der Absätze 1 und 2 während der regelmäßigen Arbeitszeit und in den Fällen des Absatzes 3 während der regelmäßigen Hausarbeitszeit erforderlich ist. Die regelmäßige Arbeitszeit und die regelmäßige Hausarbeitszeit sind individuell zu ermitteln.

§ 26

Ersatz der Kosten der Betreuung von Kindern und pflegebedürftiger Angehöriger

Mitgliedern der Verbandsversammlung und der Ausschüsse des Verbands sind die nachgewiesenen Kosten einer durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit erforderlichen entgeltlichen Betreuung von Kindern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder pflegebedürftiger Familienangehöriger auf Antrag gesondert zu erstatten. Dies gilt nicht für Zeiträume, für die Entschädigung nach § 25 gewährt wird.

§ 27

Fahrkosten

Mitgliedern der Verbandsversammlung und der Ausschüsse des Verbands werden die Fahrkosten, die ihnen durch die Fahrt zum Sitzungsort und zurück entstehen, gesondert erstattet, höchstens jedoch in Höhe der Kosten der Fahrt von der Hauptwohnung zum Sitzungsort und zurück. Bei der Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge richtet sich die Höhe der Entschädigung nach den Sätzen des § 6 Abs. 1 bis 3 Bundesreisekostengesetz.

§ 28

Veröffentlichungen

- 1) Satzungen des Zweckverbandes werden durch Bereitstellung auf der Internetseite www.suv-sued.de bekannt gemacht. Hierauf wird in der Zeitung „Schleswiger Nachrichten“ hingewiesen.
- 2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung

sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.

- 3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in Form des Absatzes 1, Satz 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 29

Inkrafttreten (*der Ursprungssatzung*)

Die Verbandssatzung tritt zum 01.01.2008 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 14.07.2003 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 5 Abs. 5 GkZ wurde mit Verfügung des Landrates des Kreises Schleswig-Flensburg vom 03.12.2007 erteilt.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekanntzumachen.

Tolk, 05.12.2007

LS.

gez. Gerdes
Verbandsvorsteher